

PRESSEMITTEILUNG

[12.02.2007]

Bürgersprechstunde vom Parlament abgelehnt, keine Bürgernähe gewünscht

Die im Haupt- und Finanzausschuss angedeutete Ablehnung des Antrages der Bürger für Rodgau-FWG durch die Fraktionen CDU, SPD und FDP ist eingetreten. Durch diesen Antrag sollte den Einwohnern Rodgaus die Möglichkeit eingeräumt werden, am ersten Tag der Stadtverordnetenversammlung direkt an das Parlament Fragen zu richten. Dies bleibt ihnen weiterhin versagt. Begründet wurde diese Stellung nicht einmal in der Stadtverordnetenversammlung sondern nur im Haupt- und Finanzausschuss. So wird im Rodgau durch die o.g. Fraktionen mit den Bürgern umgegangen. Es gäbe ja eine Fragestunde vor den Ortsbeiratssitzungen und die Bürger haben die Möglichkeit ihre Anliegen über die Parteien ins Parlament zu bringen, so die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU. Das ist nur zum Teil richtig, denn in den Ortsbeiräten sitzen nicht die Entscheidungsträger im Rodgau, die sind in der Stadtverordnetenversammlung und dort sind auch Magistrat und Präsidium. Auch wird keine Partei, für sie unangenehme Fragen, ins Parlament einbringen. Nach jeder Wahl wird immer wieder von den Politikern beklagt, dass die Wahlbeteiligung so niedrig ist und man müsste mal was ändern. Jüngstes Beispiel ist die Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt, wo noch etwas mehr als 30 % ihre Stimme abgegeben haben. Wenn der Bürger mehr in die Entscheidungswege und Hintergründe einbezogen wird, sind manche Unwegbarkeiten nachzuvollziehen, was nicht der Fall ist, wenn der Bürger außen vor gelassen wird. Nur informierte Bürger sind in der Lage sich einzubringen. Den Bürgern für Rodgau –FWG stellt sich hier die Frage ob Bürgernähe überhaupt gewünscht wird oder nur als Wahlvolk gebraucht wird. Im Rodgau hat man die Chance vertan den Bürger wieder mehr in die Politik einzubinden. Weitere Informationen zu den Bürgern für Rodgau-FWG erhalten sie auf www.fwg-rodgau.de